



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Menenius: Rußland

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

notwendige Folge des mangelhaften sprachgeschichtlichen Wissens ihrer Gründungszeit, und wenn man sie mit Recht tadelt, so kann der Vorwurf doch nicht so sehr die damalige, sondern nur die spätere Akademie treffen, die es trotz der inzwischen gewonnenen Einsicht unterlassen hat von der ihr zugewiesenen sprachregelnden Macht Gebrauch zu machen und diese — übrigens recht wenig ins Gewicht fallenden — Schönheitsfehler aus der im übrigen so gut geordneten französischen Sprache auszumerzen. Zu einer Reichssprachbehörde, wie sie hier vorgeschlagen wird, kann man aber wohl das Vertrauen haben, daß sie solche Fehler vermeiden würde; und als Frucht ihrer Tätigkeit würde dann, wie man zuversichtlich hoffen darf, die deutsche Sprache einen Zustand größerer Reinheit, Ordnung und Klarheit gewinnen, der sie dem Deutschen wie dem Ausländer wertvoller und zugleich zum Wettbewerb mit anderen Sprachen tauglicher machen müßte als es sie in ihrem heutigen Zustande unbestrittenermaßen ist. Gegenüber allen Zweifeln an der Nützlichkeit und Wichtigkeit einer solchen Sprachbehörde dürfen wir wohl an die Worte erinnern, mit denen d'Alembert einst (1772) in der französischen Akademie ähnlichen Zweifeln entgegentrat, und die bei aller sonstigen Verschiedenheit der Umstände für die von allen Seiten bedrohte deutsche Sprache von heute zweifellos erhöhte Bedeutung habe:

„Wir werden ohne weiteres zugeben, daß es einem Staate notwendiger ist Ackerbauer und Soldaten zu haben als eine französische Akademie. Aber wir werden doch fragen, ob in einem blühendem Volke, dessen Geschmack ganz Europa bewundert und dessen Sprache es lernt, es nicht nützlich ist, wenn es eine Körperschaft gibt, die dazu bestimmt ist, die Reinheit der Sprache und des Geschmacks zu bewahren.“



Rußland



Es ist nicht anzunehmen, daß die Baltikumangelegenheit uns jetzt noch Verwicklungen bereiten wird. Die deutschen Truppen werden, soweit sie nicht, was einer Loslösung vom deutschen Reich gleichkommt, zu den Russen übergehen, zurückgezogen, und da selbst die Franzosen Neigung verraten, den guten Willen der deutschen Regierung anzuerkennen, so dürfte der Fall in kurzem erledigt sein. Anders verhält es sich mit der Blockadenote der Entente, die Deutschland vor eine Schicksalsfrage stellt. Um aber diese richtig beurteilen zu können, bedarf es eines kurzen Überblicks über das gesamte russische Problem, die um so notwendiger wird, als die Bolschewiken anscheinend, trotz der bevorstehenden Einnahme von Petersburg, auch in diesem Jahr noch nicht gestürzt werden können, wodurch eine Lösung des Problems wieder ins einstweilen Unabsehbare hinausgezögert wird.

Die russische Frage hat einen doppelten Aspekt, einmal vom russischen und einmal vom Standpunkt der Weltpolitik aus. Vom russischen Standpunkt ergeben sich wieder zwei Probleme: das der inneren und das der äußeren Verfassung, also die Entscheidung über Bolschewismus oder Demokratie einerseits und Monarchie einerseits und Mandatstaaten oder Zentralisierung andererseits. Vom Standpunkt der Weltpolitik ist zu berücksichtigen, daß jeder der drei großen Ententemächte dem Problem gegenüber eine verschiedene Stellung einnimmt. Die Amerikaner wünschen lediglich, in Rußland wie überall Geschäfte zu machen und greifen politisch höchstens in Sibirien ein, soweit es gilt, den japanischen Einfluß zurückzudrängen. Die Engländer wünschen dasselbe, haben aber vor allem das politische Ziel, den russischen Kolos dauernd am Boden zu halten, einmal um

den Wettbewerber um Indien, Mesopotamien, Persien und Konstantinopel los zu sein, dann aber auch, ein Ziel, das sich erst während des Krieges ergeben hat, um die Ostsee beherrschen zu können. Die Franzosen dagegen, denen die dauernde Bindung an England mit Recht Beklemmungen verursacht und die eine enge Verbindung mit Amerika trotz aller Studien- und Propagandamissionen immer mehr ins Unerreichbare schwinden sehen, rechnen durchaus mit einer künftigen Wiederaufnahme des Zweibundes, um Deutschland, das noch immer gefürchtete, in Schach halten zu können. Allerdings kann niemand behaupten, daß diese Politik in Frankreich gerade mit zielbewußtem Weitblick angebahnt wird. Wohl unterstützt man nach Kräften die russischen Komitees in Paris und tritt nachdrücklich, wenn auch nach dem unglücklichen Odeßsaabenteuer meist nur mit Worten, für Unterstützung Denikins, Koltshaks und Zubenitshs ein. Aber diese Politik wird abgeschwächt durch die Verwirklichung der sogenannten Barrierenpolitik, des Gedankens von der Ostsee bis zum Balkan einen Damm gegen den Bolschewismus zu errichten, dessen Mittelstück ein kräftiges Polen und dessen Endstationen womöglich in Finnland einer- und in Rumänien andererseits gelegen waren. Ganz abgesehen davon, daß dieser Damm in sich wenig Konsistenz zeigt, indem nämlich die Lage im Baltikum verworren ist, die Litauer mit den Polen, die Polen mit den Tschechen und Ukrainern sich streiten und Ungarn ständig eine bedrohliche, unsichere Einbruchsstelle zu bilden scheint, hätte man sich aber in Frankreich sagen müssen, daß die Begünstigung eines großen Polens unvereinbar ist mit der Wiederherstellung der Macht des einstigen Bundesgenossen. Es zeigt sich hier, daß der Bolschewismus den westlichen Völkern eine Zeitlang ihre Konzeption der Weltpolitik völlig verschoben hat, die unmittelbar Gefahr warf alle großen bisher eingehaltenen Richtlinien über den Haufen. Daher auch das Doppelspiel der englischen Politik, die im Frühling einem Frieden mit den Bolschewisten nicht abgeneigt war und jetzt im Norden eine Politik befolgt, die mit der im Süden in unvereinbarem Widerspruch steht. Man kann nicht Randstaatenpolitik und Wiederherstellung Rußlands zugleich anstreben, selbst der unterstützungsbedürftige Koltshak ist der Frage nach Anerkennung der Randstaaten vorsichtig ausgewichen (siehe Grenzboten Heft 31). Dennoch wäre es voreilig zu behaupten, die englische Politik wisse in bezug auf das russische Problem nicht, was sie eigentlich wolle. Sie geht im Gegenteil ganz zielbewußt darauf aus, sich in ganz Rußland möglichst viele Vorteile zu sichern. So wird Estland in ein englisches Protektorat umgewandelt, so hat die neugebildete nordwestrussische Regierung Pianosows, der man einen Spezialkredit zum Ankauf von natürlich englischen Maschinen und Rohstoffen in Aussicht stellte, versprechen müssen, nicht nur ein besonders englisches Interesse im Baltikum, sondern auch alle mit Koltshak und Denikin getroffenen Abkommen anzuerkennen, sowie nach dem Fall von Petersburg völliges russisches Desinteresse an Persien zu erklären, so ist Zudenitsh völlig geknebelt worden, weshalb offenbar Vermont sich von ihm losgejagt hat, während andererseits auch Denikin die Unterstützung Englands ganz gewiß nicht umsonst, sondern nur gegen Einräumung sehr bedeutender wirtschaftlicher Vorteile in Kaukasien, am Schwarzen und Kaspiischen Meer bekommen und die Revaler Konferenz beschlossen hat, keinen Friedensschritt den Bolschewisten gegenüber ohne Vorwissen der Entente d. h. Englands zu tun. Die englische Politik geht aber deutlich darauf hinaus, sich durch Unterstützung der einzelnen russischen Machtfaktoren möglichst viele Vorteile zu sichern und unter allen Umständen zu verhindern, daß diese Abkommen von dem endlich die Oberhand behaltenden Einzelfaktor für unverbindlich erklärt werden könnten. Wer sich heute in Rußland gegen die Bolschewisten durchsetzen will, kann dies nur mit Hilfe Englands tun, und wird sich, sowie er Miene machen sollte, sich von der englischen Danaerhilfe zu emanzipieren, sogleich einen neuen Prätendenten um die Macht gegenüber gestellt sehen.

Aus dieser Konstellation nun erklärt sich das Bestreben der Entente, Deutschland im Kampf gegen die Bolschewisten möglichst auszuschalten, wobei die

nervöse Furcht der Franzosen vor einer Erstarkung Deutschlands mit russischer Hilfe von den Engländern klug ausgenutzt wird. Deutschland könnte, begünstigt durch seine territoriale Nachbarschaft, den Engländern ein unbequemer Konkurrent werden, ja, es könnte, so rechnet man, einen von England völlig unabhängigen Machtfaktor unterstützen, der sich weder an die von Kolischak oder Denikin, noch von den baltischen Staaten geschlossenen Abkommen gebunden hält. Und deshalb darf man von der Goltz nicht auf Riga und Petersburg marschieren lassen.

Der Rechtsstandpunkt der Entente ist dabei völlig klar. Sowohl auf Grund des Waffenstillstands- wie des Friedensvertrages ist sie berechtigt, die Räumung des Baltikums zu fordern. Daran kann nur rütteln wollen, wer sich über die Folgen der Tatsache, daß Deutschland den Krieg verloren hat, noch immer nicht klar geworden ist. Wir haben vorläufig noch keinerlei Mittel, eine der Entente nicht genehme russische Politik wirklich durchzuführen und der Standpunkt des „Vielleicht geht's doch“ ist kein Standpunkt, der politisch zu verteidigen wäre. Da aber die Beurteilung der baltischen Frage in Deutschland nahezu zur Parteiangelegenheit geworden ist — das schlimmste, was bei der Behandlung eines Problems der äußeren Politik eintreten kann — dürfte ein Versuch, in Kürze zu einem vorurteilslosen Überblick der Möglichkeiten einer deutschen Ostpolitik zu gelangen, nicht überflüssig sein.

Daß eine Unterstützung österreichischer Balkanziele Deutschland in Gegensatz zu einem infolge des unglücklichen Ausgangs des Ostasienkrieges wieder westlich gewandten Rußland bringen würde, war vorauszusehen. Nachdem der Krieg ausgebrochen war, gab es für die beiden verbündeten Kaiserreiche nur drei Möglichkeiten. Entweder man suchte den Gegner soweit zu schlagen, daß eine Verständigung über die politischen Ziele im nahen Osten möglich wurde oder man schlug ihn so, daß er alle politischen Ziele im Süden völlig aufgab oder endlich, man zerschlug den ganzen grokrussischen Kolos in Randstaaten und den moskowitzischen Kern. Welche dieser Möglichkeiten ins Auge gefaßt werden sollte, hing nicht nur von den militärischen Erfolgen der Mittelmächte, sondern mehr noch von ihrer politischen Gesamtkraft und Stabilität ab, keine von ihnen war so, daß man nicht auch von Seiten der Sieger hätte Opfer bringen müssen. Die Verwirklichung der ersten wäre nur auf Kosten der Türkei möglich gewesen, worunter die deutschen Bagdadinteressen gelitten hätten, während, wenn man Rußland gar zu entschieden nach Norden abgedrängt hätte, seine Skandinavienpläne bald Konflikte in der Ostsee hervorgerufen haben würden. Die zweite Möglichkeit hätte ein völlig gedemütigtes Rußland nur um so bereitwilliger jeder neuen Koalition gegen die Mittelmächte in die Arme getrieben. Die dritte aber war, wie ja die Folge ergeben hat, nur möglich, wenn man auf Galizien und das von Polen bewohnte Preußen verzichten wollte. Man muß annehmen, daß die politische Leitung Deutschlands während des Krieges nicht klar zwischen diesen drei Möglichkeiten unterschieden, sondern sie miteinander vermengt, und sich schließlich für die dritte entschieden hat, ohne sich über ihre Tragweite und das mit ihr verbundene und wenn nicht gleich, so doch unvermeidlich später verbundene Risiko klar zu sein, und obwohl ihre Verwirklichung einen militärischen Sieg verlangte, der trotz der enormen Einzelerfolge eben doch nicht, namentlich da die 1916 beabsichtigte völlige Eintreibung der russischen Zentralarmeen nicht gelang, vollständig und jedenfalls nicht überraschend und niederschmetternd genug gewesen ist. Einen Teil dieser Randstaatenpolitik nun bildete es, daß man im Baltikum die von den Selbstständigkeitsbestrebungen der Letten und Esten bereits bedrohte innerpolitische Führerschaft der Deutsch-Balten stärkte und Ansiedlungsmöglichkeiten für deutsche Kolonisten gewann. Durchgeführt werden konnte jedoch dieser an sich verständliche und berechtigte Gedanke nur, wenn der moskowitzische Kern durch die Randstaatenpolitik tatsächlich in einem Maße ohnmächtig wurde, daß er sich dauernd jeder ihm natürlichen Expansion zu den Ostseehäfen enthalten mußte. Das aber war nur möglich, wenn es gelang, die Randstaaten dauernd und gleichmäßig unter dem politischen Einfluß der Mittelmächte zu halten, eine Aufgabe, deren Durch-

führung jedoch auf vielleicht ein Jahrhundert hinaus völlige Konzentrierung aller im weitesten Sinne politisch wirkenden Kräfte der Mittelmächte in Anspruch genommen hätte und daher nur möglich war, wenn Österreich im Süden und Südwesten, Deutschland im Westen in keiner Weise in Anspruch genommen war. Siner Kampfstellung nach Osten und Westen zugleich wäre Deutschlands politische Kraft selbst bei völligem militärischem Siege auf die Dauer keinesfalls gewachsen gewesen. Ließ sich aber die Randstaatenpolitik nicht in dem oben angedeuteten Sinne durchführen, so wurde besonders, wenn man nicht auf eine Abtretung von Preußisch-Polen eingehen wollte, logischerweise auch eine deutschorientierte Autonomie des Baltikums auf die Dauer unhaltbar, da sie stetig für den russischen Kernstaat einen Anlaß gebildet hätte, sich mit einem unbefriedigten Polen zur Gewinnung der russischerseits verlorenen und polnischerseits erstrebten Ostseestellung gegen Deutschland zu verbinden. Daraus erhellt, daß mit dem Zusammenbruch der deutschen Randstaatenpolitik auch die einen Teil davon bildende Baltienpolitik unhaltbar wurde. Was man 1905 versäumt hatte, die Stellung der deutschbaltischen Minderheit durch Verhandlungen mit Rußland sicher zu stellen, konnte jetzt, da Deutschland seine alte Machtstellung eingebüßt, nicht mehr nachgeholt werden, das lettische Nationalbewußtsein war zu stark geworden, als daß es sich durch Rücksichten der Dankbarkeit dafür, daß deutsche Truppen das Land vor Überflutung durch den Bolschewismus bewahrt hatten, bewegen gefühlt hätte, der deutschen Minderheit die Führerschaft oder auch nur Gleichberechtigung zuzuerkennen. Was man hätte durchsetzen können, wäre allenfalls eine rein deutsch-baltische Minoritätenpolitik gewesen, die zur Sicherung ihrer kulturellen Rechte an Wilson appelliert, von sich aus aber jede Zusammenarbeit mit Reichsdeutschen abgelehnt hätte. Dieser Weg ist vermutlich deshalb nicht gangbar gewesen, weil ohne den Schutz der deutschen Truppen die Deutsch-Balten der inneren esthnischen und lettischen Bolschewistenbewegung erlegen wären und daher die Deutschen zu desavouieren nicht imstande waren. Es gab auch noch einen andern Weg: sich deutscherseits mit den großrussischen Bolschewistengegnern zu verbinden und als Lohn für die Befreiung Petersburgs durch deutsche Truppen Sicherstellung der Deutsch-Balten zu verlangen. Aber wir wissen ja alle, daß dieser Plan infolge der durch die Revolution in Deutschland und im Heere entstandenen Verhältnisse undurchführbar gewesen ist. Und im Sommer, nachdem die Verhältnisse sich in Deutschland und im Heere wieder stabilisiert hatten, war es bereits zu spät, da jetzt die Engländer den festen Entschluß gefaßt hatten, die Deutschen zu eliminieren.

Die Haltung, die die deutsche Regierung in der ganzen Frage eingenommen hat, zu kritisieren, ist leicht. Es ist sicher unendlich schmerzlich, nicht nur den Traum eines deutschen Baltikums aufgeben, sondern zusehen zu müssen, wie die letzten der deutschen Stammesbrüder an der Ostsee dem Untergange entgegengehen. In ihrem eigenen Interesse wie in dem der Baltien lag es, die nach Westen brausende Woge des Bolschewismus zunächst zu hemmen, und daß sie diese Beschützer-tätigkeit durch Nachschub an Mannschaft und Material unterstützte, können ihr nur Ideologen, die an die welterlösende Aufgabe des Bolschewismus glauben, oder Narren, denen trotz der Vorgänge in unsern im Westen besetzt gehaltenen Gebieten ein lettischer Bauer immer noch mehr wert ist als ein deutscher Bürger (die „Junke“ und „Barone“ sind bekanntlich eine gröbliche Übertreibung) zum Vorwurf machen, daß sie aber jetzt die im Friedensvertrag eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten genötigt ist, kann nur unentwegter Eigensinn verkennen, der nicht mit den wirklichen Machtverhältnissen rechnet. Daß bei den Anwerbungen Land versprochen ist, war ein grober Unfug, auf den jedoch Angehörige des politisch angeblich so reifen Volkes nicht hätten hineinfallen dürfen und den die Regierung bei dem damals infolge der Verhältnisse kaum zu verhindernden selbständigen Vorgehen der einzelnen Werbestellen kaum Einhalt zu tun die Macht gehabt hätte. Daß sie den Abzug zunächst nicht mit dem nötigen Nachdruck betrieben hat, ist möglich, aber gerade die ständigen Unruhen der deutschen Radikalen haben es

gehindert, daß sie ihre Druckmittel gegen die Utopisten richtete, die eine unhaltbare außenpolitische Stellung gegen den Willen der Sieger im Weltkrieg zu verteidigen hofften. Von einer neuen politischen Niederlage Deutschlands zu reden, ist unberechtigt, die Räumung des Baltikums ergibt sich als logische Folge des anscheinend in seiner Tragweite noch immer nicht voll gewürdigten Friedensvertrages.

Welche Stellung wird nun Deutschland Rußland gegenüber einzunehmen haben? Ich glaube, da uns alle Machtmittel aus der Hand geschlagen sind, eine neutrale und abwartende. „Für die deutsche Regierung“, hat der Minister des Auswärtigen erklärt, „muß der Grundsatz feststehen, daß wir uns in die inneren Angelegenheiten des russischen Volkes nicht einmischen“. Wir haben keinerlei Interesse daran, für eine sehr weitgehend an England gebundene russische Reaktionsregierung die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Und den Bolschewismus zu unterstützen, könnte nicht nur für uns selbst gefährlich werden, sondern würde auch von der Entente, die uns so wie so für den Bolschewismus verantwortlich macht und ständig über die deutschen Versprengten, die notgedrungen oder freiwillig im bolschewistischen Heere kämpfen, Klage führt, mit allen ihr zu Gebote stehenden Machtmitteln, die bekanntlich unabwendbar sind, verhindert werden. Wozu uns also in Abenteuer stürzen, deren Ausgang vorläufig unabschätzbar ist? Denn auch mit dem anscheinend bevorstehenden Fall des leicht zu nehmenden aber schwierig zu haltenden Petersburg ist der Bolschewismus noch lange nicht besiegt, die verworrene Lage im Baltikum und die Rivalitäten zwischen den einzelnen im Norden stehenden Antibolschewistenführern können zu schweren Rückschlägen führen, die Aufstände im Rücken Koltshaks können sich bei dessen weiterem Vorgehen wie im Sommer wiederholen und Denikins Stellung wird durch den Gegensatz zu den Ukrainern oder doch den Truppen Petluras geschwächt. Aber selbst wenn die Bolschewisten von außen oder von innen her gestürzt werden, ist die Ruhe in Rußland noch lange nicht wiederhergestellt, dazu sind die politischen Anschauungen der Bolschewistengegner gar zu verschieden und man kann ruhig noch mit einer Reihe weiterer Revolutionen, mindestens innerer Erschütterungen rechnen. Man darf die inneren Verhältnisse Rußlands auf keinen Fall mit den deutschen vergleichen. Eine Politik strikter Neutralität ist für Deutschland unter den gegebenen Verhältnissen das einzig mögliche.

Allerdings sucht die Blockadenote der Entente uns sowie eine Reihe Neutraler zur Aufgabe dieser neutralen Stellung zu veranlassen. Eine Beteiligung Deutschlands an einer Blockierung ist ohne Frage und gleichgültig, ob überhaupt Gelegenheit da ist, sie durchzuführen, ein feindlicher Akt gegen die Bolschewistenregierung. Es darf wohl angenommen werden, daß Deutschland mit den übrigen Regierungen, an die die gleiche Note ergangen ist, Fühlung nimmt. Auf jeden Fall wird es unzweideutig zu wählen haben. Die Entente kann anführen, daß es sich bei der Behauptung der Bolschewisten nicht um eine Einmischung in die inneren russischen Verhältnisse, sondern um Sicherung des Weltfriedens handelt. Die Bolschewisten haben sich dadurch ins Unrecht gesetzt, daß sie die Weltrevolution ausriefen. Die Verbetraft dieses Gedankens soll nicht verkannt werden, aber das hindert nicht, daß sie politisch ein schwerer Fehler war, der auf völliger Verkennung der inneren Verhältnisse der Ententevölker beruhte und sie unbedingt im Kampfe gegen dies zerstörerische Element einigen mußte. Der Bolschewismus ist durch seine revolutionierenden Aufrufe und durch die angestrebte Bildung der dritten Internationale, die die Sache des Proletariats nicht eben gefördert hat, der Feind aller, auch Deutschlands geworden und seine Bekämpfung wäre durchaus im Sinne einer gefunden Völkerbunds politik, wenigstens solange, als der Bolschewismus nicht theoretisch und praktisch jede außerrussische Propaganda aufgegeben hat. Wird Deutschland aber genötigt, oder auch nur aufgefordert, aus seiner Neutralität hinauszutreten und sich dieser Völkerbunds politik anzuschließen, so kann es mit Zug und Recht verlangen, daß es auch als gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes aufgenommen wird. Eine wirkliche Durchführung der Blockade ist in allen Ländern nicht nur von Regierungsmaßnahmen abhängig, sondern

durchaus vom guten Willen der Völker und wenn die Entente Deutschland nötig zu haben glaubt, soll sie auch dafür sorgen, daß sie des guten Willens des deutschen Volkes gewiß ist. Besonders sollte sie das tun, wenn sie, wie der „Temps“ unlängst andeutete, darauf rechnen zu können glaubt, daß Antibolschewistenführer wie Judenitsch und Denikin „à titre de réparations“ von Deutschland mit Kriegsmaterial unterstützt werden sollen.

Noch ein Wort über die Randstaaten. Die Vorgänge in den einzelnen Lagern der Antibolschewisten zeigen zur Genüge, daß die Randstaaten, auch der mächtigste, Polen, alle Ursachen haben, das Wiedererstarken des russischen Kernstaates wenn nicht für den Augenblick, so doch in zehn, zwanzig oder dreißig Jahren zu fürchten. Auch bei weitgehender wirtschaftlicher Anebelung durch die Entente wird der russische Kern seine durch die Unerlöschlichkeit seines Menschenreservoirs bedingte natürliche Expansionskraft nicht einbüßen, ja er wird sie um so energischer nach Westen, Süden und Norden wenden, je mehr ihm durch sibirische anscheinend durch Japaner und Amerikaner geförderte Loslösungsbestrebungen der Weg nach Osten verlegt wird. Unter diesen Umständen ist, insbesondere das mit seinen Nachbarn verfeindete Polen, auf einen starken Rückhalt an Deutschland, das nun einmal sein stärkster Nachbar ist, angewiesen, Grund genug, diesem nicht Anlaß zu Verstimmungen nationaler oder wirtschaftlicher Art zu geben. Jede deutsch-russische Interessengemeinschaft gegen ein nur durch die Gnade der Entente gehaltenes Polen müßte dem jungen Staate, mit dem wir schon im Interesse unsrer unter polnische Oberhoheit kommenden Landsleute gern in gutem Einvernehmen leben wollen, gefährlich werden müssen, nicht weil machtstierige Intrigen im Spiele wären, sondern unter dem Druck der natürlichen Verhältnisse.

Menenius



Neue Bücher

Die deutsche Kriegsführung und das Völkerrecht. Beiträge zur Schuldfrage.

Herausgegeben im Auftrage des Kriegsministeriums und der Obersten Heeresleitung. E. S. Mittler u. Sohn, Verlagsbuchhandlung. Berlin 1919.

Preis 2 M.

Die durch die Ummwälzungen bedingte Haltlosigkeit vieler Menschen und die in ihrem deprimierten Seelenzustand wurzelnde Bereitschaft, Negatives zu assimilieren, hat der feindlichen Propaganda, die unsere moralische Verurteilung zum Ziele hatte, auch im deutschen Volke in auffällender Weise Vorschub geleistet. Gewiß wird das Erwachen der Kritik, der Widerstand gegen die Suggestion, an unsere Missetaten und Verbrechen zu glauben, nicht lediglich durch „Aufklärung“ zu bewirken sein, von innen her wird unser Volk gesunden müssen, aber immerhin ist es außerordentlich wichtig, in möglichst sachlicher Form die Wahrheit zu verbreiten. Die vorliegende kleine Schrift ist ein wertvoller Beitrag zu diesem Feldzug gegen Lug und Trug. Es ist zu bedauern, daß sie nicht früher erschien. Ihre Verbreitung sollte jeder fördern. Sie schildert in knappen Zügen den tatsächlichen allgemeinen Charakter und den Umfang der Zerstörungen in Belgien und Frankreich, den Luft- und Gaskrieg in seinen völkerrechtlichen Voraussetzungen und in seiner Durchführung bei uns und unseren Gegnern, die sogenannte „Ausplünderung“ Frankreichs und Belgiens, unser Verhalten gegenüber den Einwohnern der besetzten Gebiete und beleuchtet die ungeheuerlichen Greuellegenden. Dabei wirft sie sehr interessante Streiflichter